

**//PRESSEINFORMATION//**

43/2020

Saarbrücken, 13.12.2020

## **Richtige Entscheidung, aber viel zu spät! Bildungsgewerkschaft sieht sich in ihren Mahnungen bestätigt**

**Saarbrücken** – die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland (GEW), begrüßt grundsätzlich, dass in Anbetracht der hohen Infektionszahlen nun die Politik des absoluten Präsenzunterrichts fallen gelassen wird. Gleichwohl kommt diese Entscheidung viel zu spät. Die größte Bildungsgewerkschaft im Saarland drängt seit Wochen auf die Möglichkeit eines geregelten Wechselunterrichts. Leider wurden alle konstruktiven Vorschläge dazu bisher von der Landespolitik ignoriert. Erst auf bundespolitischen Druck wird reagiert.

Erschwerend kommt hinzu, dass eine kurzfristige Umstellung auf den Wechselunterricht innerhalb von zwei Tagen organisatorisch nicht mehr in geordnetem Maße umzusetzen ist. Statt wiederum nur „auf Sicht zu fahren“, wäre ein präventives Handeln nach einem klaren, transparenten Stufenplan, wie es das RKI und die GEW schon lange forderten, sinnvoller gewesen.

Daher fordert die GEW Saarland ab dem 11. Januar 2021 eine zumindest vierwöchige Umstellung auf Wechsel-, bzw. Hybridunterricht ab Klassenstufe 7. Damit den Schüler\*innen keine Nachteile, z. B. durch versäumte Leistungsnachweise, entstehen, wäre zu prüfen, ob es hilfreich ist, die Ausgabe der Halbjahreszeugnisse um zwei Wochen auf den 12. Februar zu verschieben. Äquivalent sollte auch eine Verschiebung der Abschlussprüfungen geprüft werden.

Das Einrichten von Notbetreuungen in Schulen und Kitas ist notwendig. Da es sich dabei um kleine Lerngruppen handelt und die AHA+L Regeln eingehalten werden können, sollte hier ein ausreichender Gesundheitsschutz gewährleistet sein.

Das Mantra, dass Schulen keine Infektionstreiber seien, kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies belegen zahlreiche nationale und internationale Studien. Auf die Einhaltung von Abstandsregelungen und auf zusätzliche mobile Luftfiltergeräte in den Klassenräumen wurde fahrlässig verzichtet. Stattdessen wurde lediglich auf das Prinzip „Lüften“ gesetzt. Dies muss jetzt für die Phase nach dem Lockdown neu überdacht werden. Dazu sind massive Investitionen in Personal und Gebäude notwendig. „Die Landesregierung muss endlich für einen besseren Gesundheits- und Arbeitsschutz sorgen und es möglich machen, dass die AHA+L-Regeln auch in Schulen und Kitas eingehalten werden können“, betonte die GEW-Landesvorsitzende Birgit Jenni.

„Die Voraussetzungen, damit digitales Lernen von zuhause besser funktioniert und Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien nicht noch weiter abgehängt werden, müssen endlich flächendeckend umgesetzt werden. Ein ‚Weiter so‘ nach dem 10. Januar 2021 darf es nicht geben. Schließlich hätte man sich schon spätestens seit den Sommerferien auf dieses Szenario vorbereiten müssen“, mahnte der stellvertretende Landesvorsitzende Max Hewer.

„Die Zeit des Neinsagens und der Leugnung der Ansteckungsgefahr in den Bildungseinrichtungen ist jetzt vorbei. Wer Präsenzunterricht möchte und sich für Bildungsgerechtigkeit einsetzt, der muss auch in den Gesundheitsschutz investieren. Wir müssen nach vorne schauen. Die GEW bietet ihre Zusammenarbeit auf der Suche nach Lösungen an“, so Birgit Jenni abschließend. ■